

28. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG am 17. März 2018 in Wildau

Antrag Nr. 02

Seite 1 von 2

1 **Betr.: Keine Gesetzliche Mindestausbildungsvergütung**

2
3 **Antragsteller: Kreisverband Oberhavel**

4
5
6 Der Landesparteitag möge beschließen:

7
8 Die FDP Brandenburg wendet sich gegen das Vorhaben von SPD und Die LINKE im Landtag,
9 eine gesetzliche Mindestvergütung für Auszubildende einzuführen.

10
11 Gleichwohl erkennt die FDP Brandenburg die große Bedeutung der beruflichen Bildung für die
12 Menschen und die Wirtschaft unseres Landes. Die in den kommenden Jahren zu treffenden
13 Entscheidungen werden die Entwicklung des Landes Brandenburg auf Jahrzehnte hin prägen,
14 weshalb es unverzüglich Verbesserungen in diesen Bereich benötigt.

15 Die FDP Brandenburg sieht insbesondere bei der Ausbildungsvergütung junger Menschen
16 einen massiven Nachholbedarf. Deshalb wollen wir die Bedeutung der jeweiligen Tarifparteien
17 bei der Aushandlung der Ausbildungsvergütung hervorheben. Jedoch erkennen wir die Defizite
18 im Bereich dieser Vergütung und der Übernahme von Kosten, die eine Ausbildung mit sich
19 bringt, bspw. bei Fahrtkosten oder Mieten.

20
21 Daher fordern wir die Landesregierung auf, folgende Punkte sofort umzusetzen:

22
23 Auf Bundesebene setzt sich das Land Brandenburg ein für...

24 ...die Unterstützung einer elternunabhängigen Berufsausbildungsbeihilfe (BAB),
25 ...eine jährliche Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) auf Grundlage der Inflation,
26 ...die Übernahme der Fahrtkosten zum Ausbildungsbetrieb bzw. zur Ausbildungsschule
27 unabhängig der Fahrtzeit und der Strecke sowie
28 ...die Abschaffung der Anrechnung der Ausbildungsvergütung auf SGB II Leistungen.

29
30 Auf Landesebene soll die Landesregierung...

31 ...die Berufsschulstandorte stärken und Schließungen jener beenden,
32 ...gesetzliche Grundlagen für Ausbildungsverbünde schaffen,
33 ...die sachliche und personelle Ausstattung an den beruflichen Schulen nachhaltig verbessern
34 sowie
35 ...ein AZUBI-Ticket für das Land Brandenburg für Auszubildende einführen.

36
37
38 **Begründung:**

39
40 Die Fraktionen von SPD und DIE LINKE im Landtag Brandenburg haben in einem
41 gemeinsamen eingebrachten Antrag *Gute Ausbildung für alle – Berufsausbildungsbeihilfe*
42 *novellieren und gesetzliche Mindestausbildungsvergütung einführen (Drucksache 6/7956)* unter
43 anderem die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für die „...perspektivische
44 Einführung einer gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung vergleichbar dem gesetzlichen
45 Mindestlohn...“ einzusetzen.

46
47 Diese Einmischung der Politik in Fragen der tariflichen Ausbildungsvergütung kann
48 insbesondere dazu führen, dass kleine Betriebe sich aus der Ausbildung zurückziehen, weil für
49 sie die Kosten nicht mehr tragbar sind. Zudem geht der Spielraum zur Differenzierung zwischen

angenommen abgelehnt zurückgezogen übernommen

.....

überwiesen an: sonstiges.....

50 einzelnen Branchen verloren, wenn eine einheitliche Untergrenze für alle Ausbildungsberufe
51 eingezogen

52
53 Weder Parlamente noch Ministerien sollten darüber entscheiden, wieviel Geld Auszubildende
54 als Vergütung, mithin als Zuschuss zu ihren Kosten der Lebenshaltung bekommen. Das ist
55 Sache der Betriebe und der Tarifparteien. Es besteht die Gefahr, dass eine politische
56 Untergrenze eine ganze Reihe von Ausbildungstarifverträgen aushebelt.

57
58